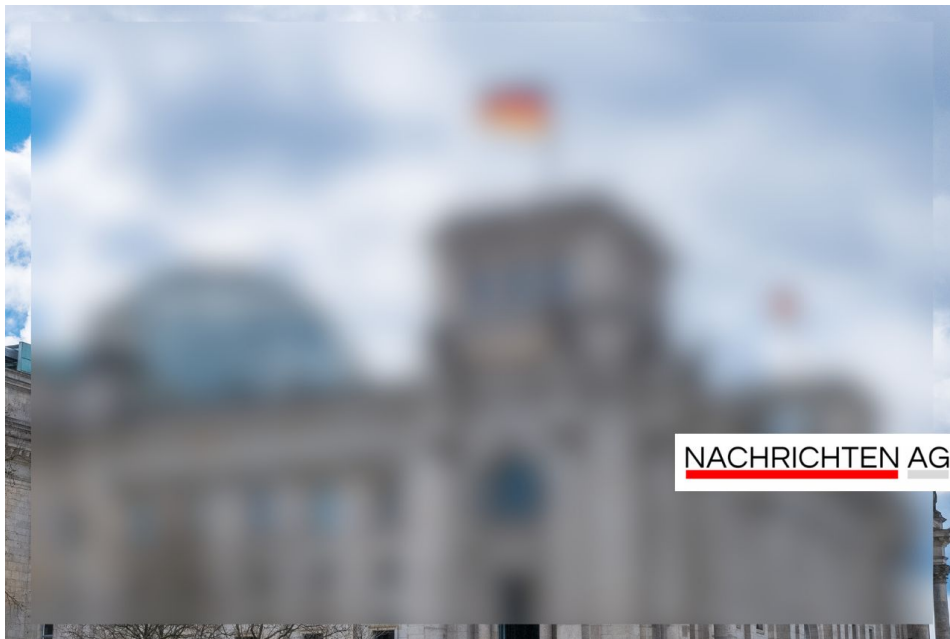


Zieschang fordert Milliarden für Bevölkerungsschutz: Wo sind die Gelder?

Innenministerin Tamara Zieschang fordert Investitionen in den Bevölkerungsschutz Sachsen-Anhalts aus dem Infrastruktur-Sondervermögen.



Sachsen-Anhalt, Deutschland - Die Diskussion um Investitionen in den Bevölkerungsschutz nimmt Fahrt auf: Innenministerin Tamara Zieschang aus Sachsen-Anhalt hat sich klar positioniert und fordert gezielte finanzielle Mittel aus dem neuen Infrastruktur-Sondervermögen, das in den nächsten Jahren insgesamt 500 Milliarden Euro umfassen wird. Dies berichtet **n-tv**.

Ein zentrales Anliegen von Zieschang ist die Installation von Notstromaggregaten bei Bauprojekten, insbesondere an Schulen. Diese Einrichtungen sollen nicht nur dem

Bildungsauftrag dienen, sondern im Ernstfall auch als Anlaufstellen in Zivil- und Katastrophensituationen fungieren. Die Ministerin hebt hervor, dass die Kommunen in Sachsen-Anhalt bereits einen erhöhten Finanzbedarf signalisiert haben und strukturelle Rückstände aufholen müssen.

Investitionen im Fokus

Das Infrastruktur-Sondervermögen sieht vor, dass 100 Milliarden Euro an die Länder verteilt werden. Die Bundesregierung verfolgt mit dieser Maßnahme das Ziel, die bestehende Infrastruktur zu sanieren und auszubauen, wie **die Bundesregierung** erläutert. Die Mittel können für eine Vielzahl von Projekten genutzt werden, darunter die Modernisierung von Schulen, die Entwicklung der Wärme- und Energieinfrastruktur sowie die Sicherstellung der Funktionsfähigkeit von Krankenhäusern.

Zweifelsohne haben die Kommunen in Sachsen-Anhalt bei der Verteilung der Gelder besondere Aufmerksamkeit. Zieschang betont, dass gerade finanzschwache Kommunen bei der Mittelvergabe nicht übersehen werden dürfen, da viele von ihnen in einer angespannten finanziellen Lage sind. Diese Problematik ist nicht neu; ein Gutachten soll daher die Finanzsituation der Kommunen analysieren, die Ergebnisse erwarten wir im kommenden Jahr.

Klarheit über den Plan für 2025

Die Eckpunkte des geplanten Wirtschaftsplans für 2025 zeigen, dass die Regierung auch bei strukturellen Investitionen klare Prioritäten setzt, wie **die DIHK** bestätigt. Dabei stehen unter anderem 11,7 Milliarden Euro für den Verkehrsbereich und 8,3 Milliarden Euro für die Länder und Kommunen auf der Agenda. Weitere Investitionen fließen in die Digitalisierung, den Ausbau von Krankenhäusern sowie die Erhaltung von Brücken und Verkehrswegen.

Zusätzlich sorgt eine gesetzliche Regelung dafür, dass die Länder entscheiden können, wie viel der Mittel in die kommunale Infrastruktur fließt. Diese Flexibilität wird als Schlüssel betrachtet, um spezifische Bedürfnisse und Herausforderungen vor Ort besser adressieren zu können. Zieschang zeigt sich optimistisch, dass mit den zusätzlichen Mitteln und einer verbesserten Analyse nachhaltige Lösungen für die Kommunen geschaffen werden können.

Abschließend wird klar, dass sich die Bundespolitik auf einen langen Weg der Investitionen vorbereitet. Die Notwendigkeit einer gut durchdachten Strategie ist unbestreitbar, um den aktuellen Herausforderungen gerecht zu werden und die Infrastruktur zukunftssicher zu gestalten. Es bleibt also spannend, wie die nächsten Schritte aussehen werden und welche konkreten Maßnahmen aus dem Sondervermögen umgesetzt werden.

Details	
Ort	Sachsen-Anhalt, Deutschland
Quellen	• www.n-tv.de • www.dihk.de • www.bundesregierung.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net